

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/Z001(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 04.03.2005	Neues Rathaus Konferenzraum I	15:00Uhr	17:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Stadt-Umland-Beziehungen
 - 1.1 Haushaltsplan 2005
 - Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005Vorlage: DS0639/04/9/3
 - 1.2 Interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: S0013/05
 - 1.3 Stellungnahme zum Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetz (KomNeuglGrG)
Vorlage: DS0104/05
 - 1.3.1 Stellungnahme zum Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetz (KomNeuglGrG)
Vorlage: DS0104/05/1

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Michael Stage

Vertreter

Stadtrat Michael Heendorf

Stadtrat Hubert Salzborn

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Trümper, eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Tagesordnung zu.

1. Stadt-Umland-Beziehungen

- 1.1. Haushaltsplan 2005
 - Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005
 Vorlage: DS0639/04/9/3
-

- 1.2. Interkommunale Zusammenarbeit
 Vorlage: S0013/05
-

- 1.3. Stellungnahme zum Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetz (KomNeuglGrG)
 Vorlage: DS0104/05
-

An diesem TOP nimmt der Bg für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung, Herr Platz, teil.

Zum TOP werden die DS 0104/05 und der Änderungsantrag DS 0104/05/1 als Tischvorlagen ausgereicht.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die durch die SR-Fraktionen SPD, FDP, Bü 90/Die Grünen und BfM/Tierschutz abgegebenen Stellungnahmen in der DS 0104/05 berücksichtigt sind. Von den SR-Fraktionen CDU und PDS wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Bg I geht anhand von Folien auf die Stadt-Umland-Thematik ein. Er verweist dabei rückblickend auf ein durch die Universität Dortmund in 2001 erstelltes Gutachten, welches sich dezidiert mit der Stadt-Umland-Problematik befasst hat und auch zu gewissen Schlussfolgerungen gekommen ist. Die Kernaussagen des Gutachtens sind in eine Stellungnahme der Verwaltung an den Stadtrat eingeflossen. Diese wurde durch den Stadtrat in 2002 beschlossen.

Bg I legt in seinen weiteren Ausführungen dar, dass die LH MD 28 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern (ohne Beamte) aus den Umlandgemeinden Beschäftigung bietet (mehr als die LH MD Arbeitslose hat), geht auf die Beziehung zwischen der LH MD und dem Umland bezogen auf die Kommunal Finanzen (Umland überholt die LH MD bei den Realsteuern) und punktuell auf die wesentlichen Paragraphen des aktuellen Gesetzesentwurfes ein.

Er zieht abschließend das Resümee, dass im Gesetzentwurf zwar die Zielstellung beschrieben ist, aber die angebotenen Instrumente unzureichend sind.

Der Oberbürgermeister wertet die vor Landtagsausschüssen stattgefundene Anhörung zum

Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetz aus und geht dabei kritisch auf die Zweckverbandsbildung ein. Nach Aussage des Bauministers des LSA wird der Landtag das Gesetz im April beschließen.

In der anschließenden Diskussion geht Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, in einem Zwischenstand auf die Sichtweise seiner Fraktion insbesondere auch unter dem Aspekt einer Reihe mit dem Umland geführter Gespräche ein. Der Schwerpunkt wird danach in der Zusammenarbeit mit den Regionen, im Führen von Gesprächen und im Zusammenwachsen aus der Geschichte heraus gesehen. Diesem Ziel dient auch der Änderungsantrag DS 0104/05/1. Er unterzieht das Thema der Großkreisbildung einer kritischen Wertung und begrüßt grundsätzlich den Gesetzesvorstoß des Landes bezüglich des KomNeuglGrG. Die Stellungnahme der Verwaltung kann er in der vorliegenden Fassung nicht mittragen.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, unterstützt ausdrücklich die vorgelegte Drucksache der Verwaltung und nimmt kritisch zu den Szenarien im Ergebnis dieses Gesetzentwurfes Stellung. Er führt aus, dass der Lösungsansatz mit Zweckverbänden auch schon in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen gescheitert ist.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, vertritt die Position, dass die Wirkung des Gesetzes nicht nachvollziehbar ist und die Entwicklung verhindert. Zur Stellungnahme der Verwaltung merkt er kritisch an, dass diese einseitig auf die Stärkung des Oberzentrums ausgerichtet ist. Er bittet darum, die Entwicklung der Steuerkraft in den einzelnen Kreisen näher erläutert zu bekommen. Er legt dar, dass positive Entwicklungen in den benachbarten Kreisen durchaus auch von Vorteil für die LH MD und umgekehrt sind. Es müssen Entwicklungen in Gang gesetzt werden, die von Kooperation gekennzeichnet sind, d. h. in der Zukunft müssen hinderliche Grenzen, auch Verwaltungsgrenzen, überwunden werden. Blindes Eingemeinden nur zum Vorteil der LH MD lehnt er ab. Stadtrat Brüning spricht sich im Folgenden für den Abschluss von Zweckvereinbarungen mit dem Umland aus.

Der Oberbürgermeister führt auf Nachfrage des SR Brüning, PDS-Fraktion aus, dass der Stadtrat über die dem Oberbürgermeister vorliegenden Angebote beispielsweise aus dem Ohrekreis informiert ist.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen legt dar, dass er den Abschluss substantieller Zweckvereinbarungen mit den Gemeinden aufgrund der unterschiedlichen Inhalte nicht für machbar hält. Er legt insgesamt seine kritische Haltung zum vorliegenden Gesetzentwurf dar und macht u.a. deutlich, dass der Gesetzentwurf Aussagen über die Legitimation in einem Zweckverband offen lässt. Er regt an, den Oberbürgermeister zu beauftragen, Gespräche mit der Stadt Schönebeck über einen Zusammenschluss Magdeburg/Schönebeck zu führen. Der Stellungnahme der Verwaltung stimmt er zu.

Stadtrat Stage, CDU-Fraktion, schließt sich der Auffassung des Oberbürgermeisters an, dass nur Eingemeindungen die eigentliche Lösung sind und nimmt kritisch zum Gesetzentwurf und zur Position der CDU-Fraktion Stellung.

SR Salzborn, CDU-Fraktion, legt dar, dass eine Lösung mit den Umlandgemeinden nur in kleinen Schritten und im täglichen Miteinander möglich ist. Er hebt im Weiteren die Bedeutung der Regionalen Planungsgemeinschaft hervor.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, unterstreicht die Position des Oberzentrums Magdeburg und macht am Beispiel der Stadt Leipzig die positiven Aspekte der Eingemeindungen deutlich. Er legt seine Bedenken bezüglich der Zweckverbände dar. Angebote der Umlandgemeinden (Patenschaften

Zoo etc.) können kein Ersatz für eine Gemeinschaft sein. Er hält es für die Pflicht des Stadtrates, sich für die Stärkung Magdeburgs als Oberzentrum einzusetzen. Ziel kann nur die Eingemeindung oder der Zusammenschluss sein.

Der Oberbürgermeister legt auf Hinweis des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion, dar, dass das Thema „Großkreise“ bewusst außen vor gelassen wurde. Bezüglich der Regionalen Planungsgemeinschaft macht er an Beispielen deutlich, dass die freiwillige Zusammenarbeit nicht funktioniert. Er führt aus, dass in freiwilligen Gesprächen mit den Umlandgemeinden das Problem an sich nicht gelöst wird.

Hier gilt es nunmehr, die Verabschiedung des Gesetzes durch das Land abzuwarten.

Der Oberbürgermeister wird zu dem Thema in der kommenden Woche eine Pressekonferenz durchführen.

Der Oberbürgermeister legt abschließend dar, dass der Oberbürgermeister der Stadt Schönebeck mit dem Vorschlag zum Zusammenschluß der LH MD und der Stadt Schönebeck nach dem Modell Dessau/Roßlau (Doppelstadt) an ihn herangetreten ist. Er sieht für einen möglichen Zusammenschluss eine Bürgerbefragung sowohl in Magdeburg als auch in Schönebeck für erforderlich. Der Oberbürgermeister hat zugesichert, nach Zustimmung durch den Stadtrat erneut Kontakt mit dem Oberbürgermeister der Stadt Schönebeck aufzunehmen.

Zu den vorliegenden Verhandlungsgegenständen:

1. Änderungsantrag DS 0639/04/9/1/3 der PDS-Fraktion und Stellungnahme der Verwaltung S 0013/05

Der Änderungsantrag DS 0639/04/9/1/3 und die Stellungnahme der Verwaltung S 0013/05 werden auf Hinweis des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion, vertagt.

Die SR-Fraktionen werden durch die PDS-Fraktion zu dem Änderungsantrag konsultiert.

2. Änderungsantrag DS 0104/05/1 der CDU-Fraktion – Stellungnahme zum Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetz (KomNeuglGrG)

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag DS 0104/05/1 der CDU-Fraktion

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit der Stadt Schönebeck Gespräche mit dem Ziel der Eingemeindung aufzunehmen und den Stadtrat laufend über den Stand der Gespräche zu unterrichten“

zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag DS 0104/05/1 wird mit 8 Ja-Stimmen, ohne Neinstimmen, bei 4 Enthaltungen beschlossen.

3. DS 0104/05 – Stellungnahme zum Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetz

(KomNeuglGrG)

Der Oberbürgermeister stellt die DS 0104/05 unter Beachtung des Änderungsantrages DS 0104/05/1 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages DS 0104/05/1 mit 9 Ja-Stimmen, bei 3 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen:

Beschluss-Nr. VW 005-Z001(IV)05

1. Der Verwaltungsausschuss beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Kommunal-Neugliederungsgrundsätze-Gesetzes vom 20.02.2005 gemäß dieser Drucksache.
2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit der Stadt Schönebeck Gespräche mit dem Ziel der Eingemeindung aufzunehmen und den Stadtrat laufend über den Stand der Gespräche zu unterrichten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Schriftführer/in